NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE - POSITIVE UND NEGATIVE ASPEKTE KNAPPER STAATSFINANZEN

Alfred Dick

Einleitung

Für Ihre freundliche Einladung zu dieser Tagung danke ich Ihnen vielmals. Die allgemeine Haushaltssituation zwingt uns alle, sich mit den Konsequenzen auseinanderzusetzen, die sich als Folge zunehmend knapper staatlicher Finanzmittel ergeben. Dabei wird in der öffentlichen Diskussion vornehmlich von den Kürzungen im Sozialbereich gesprochen, weil hiervon jeder einzelne Bürger betroffen wird. Dabei wird übersehen, daß die Mittelknappheit auch entscheidende Auswirkungen auf andere Bereiche, wie z.B. den Naturschutz hat. Ich bin deshalb der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege besonders dankbar, daß sie das Thema "Naturschutz im Zeichen knapper Staatshaushalte" aufgegriffen hat. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung wird deshalb die Frage stehen, welchen Stellenwert Naturschutz und Landschaftspflege in der Zeit einer rückläufigen Wirtschaftsentwicklung haben.

Naturschutz im Spannungsverhältnis Ökologie und Ökonomie

Lassen Sie mich gleich zu Beginn meiner Ausführungen deutlich feststellen, daß die Arbeit des Naturschutzes und der Landschaftspflege kein Luxus sein kann und sein darf, den wir uns nur in wirtschaftlich günstigen Situationen leisten könnten. Wie der gesamte Bereich des Umweltschutzes hat mittlerweile auch der Naturschutz seinen festen Stellenwert in unserer Gesellschaft, der nicht auf "Schönwetterzeiten" beschränkt sein darf. Ich meine sogar, daß gerade in schwierigen Zeiten nicht nur in den Haushalten Sparsamkeit herrschen muß, sondern daß dann auch mit unseren natürlichen Gütern besonders sparsam umgegangen werden muß. Eine sinnvolle Wirtschaftspolitik verlangt die langfristige Sicherung ihrer Produktionsgrundlagen, die gleichbedeutend ist mit der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. So gesehen werden wir bei rückläufiger Konjunktur nicht fragen dürfen, was noch im Bereich Naturschutz "geht", sondern wir müssen prüfen, was noch als Belastung für die Natur hinnehmbar ist.

Damit wird zugleich deutlich, wie eng Ökonomie und Ökologie zusammenhängen, und wie sehr beide voneinander abhängig sind. Nur scheinbar nämlich weisen beide Bereiche eine unterschiedliche Orientierung auf, wenn es im wirtschaftlichen Bereich in erster Linie auf aktuelle Erfolge oder zumindest absehbare Wachstumsphasen ankommt, während die umweltpolitischen Zielsetzungen notwendigerweise langfristig angelegt sind. Beide Bereiche treffen sich aber an einem entscheidenden Punkt, nämlich an der Begrenztheit der vorhandenen natürlichen Güter, mit denen gerade auch im Interesse der Wirtschaft nicht Raubbau getrieben werden darf.

Es wird heute viel von Schonung und Sicherung unserer Ressourcen gesprochen und dies oft als Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet. Auch dies ist unrichtig: wir alle wissen, daß ein Nullwachstum die Probleme nicht lösen kann, daß wir vielmehr den Fortschritt brauchen. Es kommt also nur darauf an, wie diese Entwicklung verläuft, ob sie den Belangen des Umweltschutzes Rechnung trägt und vom Prinzip der Vorsorge und des sorgfältigen Umgangs mit unseren Grundlagen getragen ist, oder ob sie von einer freien Verfügbarkeit und vollen Nutzbarkeit unserer Naturgüter ausgeht und damit nur neue Umweltprobleme schafft, die wiederum einen erhöhten finanziellen Aufwand für die Schadensbeseitigung erfordern. Daher steigt unsere Verantwortung im Naturschutzbereich in Zeiten knapper Finanzen sogar noch an, weil sich hier bei geplanten Eingriffen verstärkt die Frage nach der grundsätzlichen Notwendigkeit einer Maßnahme stellt, die wir vielleicht bei günstigerer wirtschaftlicher Lage noch hinnehmen und für entsprechende Ausgleichsleistungen hätten sorgen können. So wenig eine florierende Wirtschaft in der Lage ist, alle Umweltprobleme nur finanziell zu lösen, genauso verfehlt wäre es, in Zeiten rückläufiger Entwicklung den Umwelt- und speziell den Naturschutz völlig abzuschreiben. Die Aufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege haben also in jeder wirtschaftlichen Situation ihren festen Platz. Die bisherige und - wie ich meine - erfolg-

reiche Arbeit in diesem Bereich muß daher kontinuierlich fortgesetzt werden.

Mögliche Auswirkung der Mittelkürzung

Die allgemeine knappe Haushaltslage wird allerdings auch die Arbeit im Bereich des Umweltschutzes nicht erleichtern. Dabei ist jedoch klarzustellen, daß notwendig werdende Kürzungen sich nicht im gesamten Bereich niederschlagen müssen, sondern daß in Teilbereichen Prioritäten auch eine Erhöhung staatlicher Mittel für bestimmte Aufgaben verlangen können. So wurde im Haushalt 1981/82 meines Hauses ein deutlicher Schwerpunkt im Bereich der Abfallbeseitigung gesetzt, so daß hier trotz allgemeiner Mittelkürzung sogar erhöhte staatliche Leistungen erbracht werden.

Andererseits besteht aufgrund der Verknappung staatlicher Haushaltsmittel im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege die Gefahr, daß hier einige Bereiche nicht mehr wie im bisher gewohnten Umfang staatlich gefördert werden können.

Wir werden uns beispielsweise in dem wichtigen Bereich der Ökosystemforschung Beschränkungen auferlegen müssen. Sie wissen, daß wir hier in den letzten Jahren etwa mit den Projekten zur Ermittlung von Indikatoren für die ökologische Belastbarkeit der Landschaft oder über die Zustandserfassung und landschaftspflegerischen Konsequenzen der bayerischen Naturschutzgebiete wichtige Arbeiten in Auftrag gegeben haben. Ähnliche Grundlagenforschung haben wir bei der Biotopkartierung oder bei der Erforschung der Lebensbedingungen gefährdeter Pflanzen und Tiere geleistet, wo durch Untersuchungen an bestimmten Einzelarten nicht nur artspezifische Aussagen, sondern wichtige Anhaltspunkte für die Ursachen der Gesamtverschlechterung eines natürlichen Bereiches geliefert werden konnten. Im Hinblick auf das derzeit vorbereitete Konzept eines Artenschutzprogramms wird sich hier auch weiterhin die Notwendigkeit von nachfolgenden Untersuchungen ergeben. Hier wird allerdings Geduld notwendig sein, weil sich künftig beispielsweise bei Vergaben Prioritäten nicht vermeiden lassen.

Beschränkungen werden sich auch beim Ankauf von Grundstücken ergeben. Die Zielsetzungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege können oft nur dadurch auf Dauer gesichert werden, daß die betroffenen Grundstücke angekauft werden. Der engere Finanzrahmen wird sich nicht unerheblich auswirken. Das gleiche gilt für den wichtigen Bereich der Landschaftspflege, wo zuneh-

mend Anträge an uns gestellt werden, die von der Unterhaltung schützenswerter Teile der Natur über Mindestpflegemaßnahmen auf schutzwürdigen Flächen bis zum Ausgleich von negativen Veränderungen in der Landschaft durch entsprechende Rekultivierungsmaßnahmen gehen. Während wir einerseits derzeit entsprechende Förderrichtlinien für solche Pflegemaßnahmen erarbeiten, besteht andererseits für uns die Gefahr, daß das zur Verfügung stehende Finanzkontingent in diesem Bereich nur einen Bruchteil aller Wünsche befriedigen kann. Auch die steigende Zahl der Förderanträge für Landschaftspläne stellt uns aufgrund der beschränkten Haushaltsmittel vor große Probleme; Ich hoffe, daß die begrüßenswerte Bereitschaft der Kommunen zu dieser Planung trotzdem nicht nachlassen wird.

Schwierigkeiten werden sich auch in der Vollzugsarbeit des Naturschutzes nicht umgehen lassen. Wie Sie wissen, haben wir hier in der Vergangenheit versucht, die unteren und höheren Naturschutzbehörden mit entsprechendem Fachpersonal auszustatten, wobei sicherlich in der Zwischenzeit bei allen Behörden zumindest eine erforderliche Grundausstattung erreicht werden konnte. Da jedoch einzuräumen ist, daß dieser personelle Ausbau der Naturschutzbehörden noch nicht zum Abschluß gelangt ist, können hier vorgesehene Stellenstreichungen die Naturschutzarbeit besonders treffen.

Schließlich wirken sich die knappen Staatsfinanzen auch bei der Förderung von Fachverbänden auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege aus.

Ebenso werden wir in unseren eigenen Bemühungen um zusätzliche Ausbildung und Information eingeschränkt.

Diese Beispiele mögen auf der anderen Seite auch verdeutlichen, wie vielseitig bisher unser finanzieller Mitteleinsatz auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege war und wie viel wir bei der vorhandenen Mittelausstattung in der Vergangenheit leisten konnten. Vielleicht haben wir uns aber auch schon zu sehr daran gewöhnt, daß letztlich der Staat für alles daselbst und mit entsprechenden finanziellen Aufwendungen überall tätig wird. Ich würde es allerdings bedauern, wenn in einigen Fällen eine vernünftige und Erfolg versprechende Maßnahme an den begrenzten Haushaltsmitteln scheitern und deshalb das Projekt abschlägig verbeschieden werden müßte. Sicherlich wird hierbei oft die Frage gestellt, ob nicht durch Umschichtungen im eigenen Bereich die Prioritäten anders gesetzt werden müßten. Dabei wird freilich übersehen, daß durch die ständig

rückläufige Haushaltsentwicklung ohnehin bereits die meisten Mittel langfristig verplant und gebunden sind, so daß auch der eigene Handlungsspielraum äußerst gering bemessen ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch auf einen ganz wichtigen Aspekt unserer bisherigen Naturschutzarbeit in Bayern hinweisen, deren Richtigkeit sich gerade jetzt in Zeiten knapper Haushaltsmittel erweist. Wir haben mit unserem bayerischen Modell, nämlich der Verbindung von Landesplanung und Umweltschutz, deutlich gezeigt, daß eine erfolgreiche Naturschutzarbeit vor allem durch eine rechtzeitige vorausschauende Gesamtbewertung erfolgen kann, indem die Fachplanung auf diesem Bereich integrierter Bestandteil der gesamten Landesplanung wird. Naturschutz und Landschaftspflege stellen für uns alle eine Aufgabe für die Zukunft dar, der gegenüber wir besonders verpflichtet sind, wobei hier den Vorsorgemaßnahmen besondere Bedeutung zukommt, weil Schäden oft nicht mehr wiedergutmachen sind. Die rechtzeitige planerische Festlegung von Zielen des Naturschutzes ist nicht nur der effektivere, sondern vor allem auch finanziell günstigere Weg, der sich jetzt voll bewährt. Als weiteres erfolgreiches Mittel hat sich hier das Instrument des Raumordnungsverfahrens bewährt; die neuerdings so stark geforderte Umweltverträglichkeitsprüfung ist somit bei uns seit längerem eingeführt, so daß auch hierdurch in vielen Fällen nicht vertretbare belastende Eingriffe in die Natur von vornherein vermieden werden konnten. Es ist unsere Aufgabe, diesen Weg kontinuierlich weiterzugehen, weil es auf diese Weise für die Naturschutzarbeit keiner besonderen finanziellen Kraftakte bedarf, wenn ein langfristiges Konzept planerisch abgesichert verwirklicht wird, wobei die dann noch erforderlichen finanziellen Mittel auch im Zeichen knapper Staatshaushalte aufgebracht werden können.

Positive Ansätze

Die aufgezeigten positiven Seiten des bayerischen Modells mit ihrem Vorsorgeprinzip werden auch in der künftigen Naturschutzarbeit unabhängig von der Finanzausstattung eine entscheidende Rolle spielen. So sollen die Ziele des Landschaftsrahmenprogramms bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms gestrafft und überschaubarer gestaltet werden, auf regionaler Ebene soll im Kapitel "Natur und Landschaft" die notwendige überörtliche Flächensicherung

gewährleistet und durch allgemeine Schutz- und Pflegeziele ergänzt werden. Zusätzlich soll durch die Novelle des Naturschutzgesetzes auch eine gewisse Verfahrenserleichterung für die Ausweisung solcher Gebiete etwa bei den Landschaftsschutzgebieten oder Naturparks sowie bei den Möglichkeiten der einstweiligen Sicherstellung geschaffen werden.

Positiv ist sicher auch zu werten, daß uns die Finanzknappheit dazu zwingt, die noch verbleibenden, von Eingriffen verschonten Bereiche verstärkt zu schützen, wenn sie aus der Sicht des Naturschutzes erhaltenswert sind. Man darf nämlich nicht übersehen, daß es uns in der Vergangenheit gelungen ist, durch entsprechenden Mitteleinsatz den Landschaftsverbrauch auch dadurch auszugleichen, daß neue ökologisch wertvolle Bereiche etwa durch Rekultivierungsmaßnahmen geschaffen werden konnten. Wird diese Möglichkeit beschränkt, müssen wir zwangsweise den vorbeugenden Schutz von Flächen intensivieren.

Darüber hinaus wird sich die künftige Naturschutzarbeit nicht auf die Lösung einer Vielzahl von Einzelproblemen beschränken können, sondern verstärkt sich um großräumig wirkende Konzepte kümmern müssen. Ein erster Ansatz in diese Richtung ist das Bemühen um die landesweite Erhaltung der noch verbliebenen Feuchtgebiete.

Sie wissen, daß im Entwurf der Novelle des Naturschutzgesetzes auch der Schutz der für den Naturhaushalt besonders wichtigen Feuchtgebiete vorgesehen ist. Damit sollen nachteilige Beeinträchtigungen dieser wertvollen und noch intakten Naturräume vermieden werden.

In diesem Zusammenhang spielt auch die Frage eines sog. Härteausgleiches eine wichtige Rolle. Dabei handelt es sich um die Frage, ob der Schutz vor Eingriffen in den Naturhaushalt nur zu gewährleisten ist, wenn zugleich der Staat finanzielle Ausgleichsleistungen für die privaten Grundigentümer als Gegenleistung für den angestrebten Nutzungsverzicht erbringt. Da hier nicht nur finanzielle Forderungen auf den Staat zukommen, sondern auch Grundprobleme staatlicher Entschädigungspflicht angesprochen werden, hat der Ministerrat dieses Problem zunächst zurückgestellt. Diese Frage wird jedoch sicherlich bei der Beratung der Novelle eine entscheidende Rolle spielen. Würde der Schutz dieser Feuchtgebiete in der vorgesehenen Form scheitern, so bliebe nur eine gezielte Einzelschutznahme wertvoller Feuchtgebiete, was sicherlich mit

einem größeren Verwaltungs- und Zeitaufwand verbunden wäre.

Ein weiterer wichtiger Bereich kann hier das in Vorbereitung befindliche Artenschutzprogramm werden, wobei zunächst geprüft werden soll, wie der bedrohliche Artenrückgang eingedämmt werden kann. Hier sollen zunächst anhand von beispielhaft ausgewählten Naturräumen die erforderlichen Ziele und Maßnahmen des Naturschutzes dargestellt und fachlich begründet werden. Neben der Darstellung der verschiedenartigen Lebensräume im Naturraum für die bedeutsamsten Pflanzen- und Tiergruppen soll die Studie auch darüber Auskunft geben, welcher Zeitaufwand für ein entsprechendes bayernweites Programm zu erbringen und unter welchen organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen dieses Programm zu erstellen ist. Mit solcher Schwerpunktarbeit wird es zukünftig auch leichter sein, den Mitteleinsatz zielgerecht zu steuern und auf diese Weise trotz vielleicht verkürzter Mittel ein Optimum an Erfolg zu erzielen.

Konzept bei Mittelkürzungen

Die schwierige Haushaltslage des Staates und die ebenso bekannten Finanzierungsschwierigkeiten der Naturschutzarbeit sind nicht zuletzt auch ein Grund, neue Wege zu beschreiten, um die erforderlichen Finanzmittel zu erhalten. So soll nach dem bereits genannten Entwurf ein Naturschutzfonds eingeführt werden, der Pflegemaßnahmen und den Erwerb von ökologisch wertvollen Grundstücken fördern und solche Grundstücke selbst erwerben soll. Damit könnte der Naturschutz künftig verstärkt mit den Mitteln der sog. leistungsgewährenden Verwaltung und nicht nur der Eingriffsverwaltung verwirklicht werden. Mit diesem Naturschutzfonds soll auch ein Versuch gemacht werden, ausgabenwirksame Maßnahmen des Naturschutzes nicht nur aus dem Staatshaushalt zu finanzieren, sondern auch aus Leistungen Dritter, wobei etwa an Zuwendungen aus Spenden, Lottereeinnahmen, Geldstrafen etc. zu denken wäre. In diesem Zusammenhang wird zu prüfen sein, ob nicht trotz aller Problematik auch eine Finanzierung durch Ersatzleistungen erfolgen soll, z.B. bei Projekten, bei denen an sich aus der Sicht des Naturschutzes gebotene Ausgleichsmaßnahmen aus subjektiven oder objektiven Gründen nicht durchgeführt werden können. Derzeit allerdings sieht der Ministerrat davon ab, eine solche, in einigen anderen Ländern vorgesehene, Ersatzabgabe im Rahmen der Naturschutzgesetznovellierung einzuführen.

Sie mögen daraus aber ersehen, daß wir alles versuchen wollen, um die wichtigen Aufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege auch finanziell realisieren zu können. Schließlich ist auch positiv zu werten, daß gerade durch die beschränkten Haushaltsmittel ein grundsätzlicher Umdenkprozeß in Gang gekommen ist, der unser Verhältnis zu den natürlichen Lebensgrundlagen neu überdenken läßt. In letzter Zeit hat eine Entwicklung eingesetzt, die den natürlichen Abläufen in unserer Umwelt wieder den Vorrang einräumt. Ich darf nur etwa auf die Forderungen verweisen, künftig überhaupt auf Pflegemaßnahmen auf bestimmten Flächen zu verzichten und Mut zum "wildem Grün" zu beweisen. Im einem Bericht an den Bayerischen Landtag konnte ich bereits darauf hinweisen, daß z.B. Grünflächen entlang der Straßen zunehmend einer natürlichen Entwicklung überlassen werden, und daß auch eine Reihe staatlicher und kommunaler Verwaltungen vermehrt naturnahe Bestände erhält, um die Artenvielfalt zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist auch an die Aktionen "Ökologischer Garten" des Bundes Naturschutz, an die Arbeiten des Bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landschaftspflege zum Thema "Der Garten als Lebensraum" oder an die entsprechenden Veranstaltungen der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege zu diesem Thema zu erinnern.

In die gleiche Richtung geht auch der von vielen Seiten geforderte Verzicht auf den Einsatz von Chemikalien, insbesondere von Pflanzenbehandlungsmitteln bei der Pflege von ökologisch wichtigen Flächen. Die Erfahrungen haben nämlich gezeigt, daß durch den Einsatz von chemischen Düngemitteln und von Herbiziden vor allem die sonst üblichen Wiesenkräuter verdrängt werden, was nicht nur den Verlust vieler bedeutsamer Pflanzenarten, sondern auch den Verlust von Nahrungsquellen für darauf angewiesene Tierarten bedeutet. Durch Verringerung eines derartigen Einsatzes konnten bereits vielfältige Lebensräume für die heimische Tier- und Pflanzenwelt erhalten oder wieder neu geschaffen werden. So überläßt beispielsweise die Stadt München bereits 1/3 ihrer gesamten städtischen Grünflächen einer natürlichen Entwicklung und stellt dabei den Einsatz chemischer Mittel vollkommen ein. Auch die Ergebnisse von Blotopkartierungen in den Städten, wie z.B. in Augsburg, unterstreichen, daß neben den damit erreichten finanziellen Einsparungen beim Ausbleiben menschlicher Eingriffe vor allem die Vielfalt

an Tier- und Pflanzenarten wieder zunimmt. Dies hat zugleich Wege aufgezeigt, wie durch verstärkte Zusammenarbeit staatlicher und kommunaler Verwaltungen und durch entsprechende Ausgestaltung der zu betreuenden Flächen Landschaftspflegemaßnahmen sinnvoll und ohne allzu großen Kostenaufwand durchgeführt werden können. Es wird sicherlich dieser Gedanke des Zusammenwirkens der verschiedenen Bereiche verstärkt werden müssen, wenn wir trotz geringerer Geldmittel noch ein Optimum an landschaftsgerechter Pflege auf Flächen erreichen wollen, für die die öffentliche Hand selbst die Verantwortung trägt oder auf denen der Staat aus Naturschutzgründen zu Betreuung aufgefordert ist.

Gesamtverantwortung der Bevölkerung

Lassen sie mich abschließend deutlich auch die Verantwortung der Gesamtheit unserer Bevölkerung für diese Aufgaben ansprechen. Wir sind es gewohnt, sehr schnell im Zeitalter des Anspruchsdenkens die Forderung nach staatlichem Eingreifen zu erheben und entsprechende Kritik bei fehlendem Mitteleinsatz zu äußern. Wir werden lernen müssen, hier umzudenken, auf manches zu verzichten und uns auch wieder stärker persönlich für unsere Anliegen einzusetzen.

Ich meine, daß die Gemeinde, in der wir heute unser Seminar abhalten, in positiver Weise diese gemeinsame Verantwortung bewiesen und erfolgreich realisiert hat. In der Gemeinde Eching ist es gelungen, in enger Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat, Verwaltung und Bürgern Leistungen zu erbringen, die mit Recht auf Landes- wie auf Bundesebene gewürdigt wurden und ihr im Wettbewerb "Bürger - es geht um Deine Gemeinde" den Sieg einbrachten, wozu ich dem hier anwesenden Bürgermeister der Gemeinde stellvertretend recht herzlich gratulieren möchte. Wenn heute von der "lebens- und wohnenswerten Mustergemeinde" gesprochen

wird, so beruht dies sicher auch darauf, daß die Entwicklung der Gemeinde mit dem Bürger und vor allem auch unter Berücksichtigung ökologischer Grundsätze vorstatten ging. Man hat den Bürger in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt, sei es durch Maßnahmen der Verkehrsberuhigung, durch günstige Fuß- und Radwegeverbindungen, durch ausreichende Erholungsanlagen oder durch umweltgerechte Anlage von Gewerbebetrieben, Baugebieten oder einer Abfallbeseitigungsanlage. Trotz dieser vielen Maßnahmen wurde insbesondere im Baubereich darauf geachtet, daß jeder noch genügend Raum für Eigeninitiativen besitzt. So hat diese Gemeinde im Kleinen gezeigt, welcher Einsatz zur Erreichung solcher von allen getragenen Ziele erforderlich ist.

Ich bin daher auch sicher, daß die gesamte Bevölkerung zunehmend dazu bereit ist, das Handeln am Gemeinwohl auszurichten und sich für die als lebensnotwendig erkannten Belange, sei es im persönlichen Bereich oder in Gemeinschaften, entsprechend einzusetzen. Je stärker die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege von der Allgemeinheit mitgetragen werden, um so erfolgreicher wird unsere Arbeit ungeachtet der jeweiligen Haushaltsmittel sein können. So hoffe ich, daß auch dieses heutige Seminar einen Schritt in diese Richtung darstellen kann.

Anschrift des Verfassers:

Staatsminister Alfred Dick
Bayerisches Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen
Rosenkavalierplatz 2

8000 München 81

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Laufener Spezialbeiträge und Laufener Seminarbeiträge \(LSB\)](#)

Jahr/Year: 1981

Band/Volume: [8_1981](#)

Autor(en)/Author(s): Dick Alfred

Artikel/Article: [NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE - POSITIVE UND NEGATIVE ASPEKTE KNAPPER STAATSFINANZEN 4-8](#)